



Presseinformation

Nr. 423 / 2014

Kiel, Donnerstag, 23. Oktober 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / PKW-Maut

Christopher Vogt: Wenn die unsinnige PKW-Maut schon nicht verhindert wird, muss die Kontrollbehörde wenigstens in Schleswig-Holstein angesiedelt werden

Zum Vorschlag des bayerischen Finanzministers Markus Söder (CSU), die neue Maut-Kontrollbehörde des Bundes in Ostbayern anzusiedeln, erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Der Vorschlag des bayerischen Finanzministers Söder, die zukünftig leider notwendige Mautkontrollbehörde des Bundes in Bayern anzusiedeln, lässt die unsinnigen Mautpläne der CSU in einem ganz neuen Licht erscheinen. Diese Forderung erklärt endlich die Vehemenz, mit der die CSU seit über einem Jahr völlig unbeeindruckt von guten Argumenten für die ‚Ausländer-Maut‘ eintritt. Wir haben der CSU offenbar Unrecht getan. Wir dachten bisher immer, sie wolle diesen Maut-Irrsinn, weil sie populistisch gestimmt und verkehrspolitisch fehlgeleitet sei. Nun wird deutlich, dass dies nur ein Teil der Wahrheit ist. Es geht der bayerischen Regionalpartei vielmehr in erster Linie darum, für die strukturschwächeren Regionen in Bayern gut bezahlte Behördenarbeitsplätze zu generieren. Der Plan von Herrn Söder, mit etwa 1.000 bis 1.500 Mitarbeitern für diese unnötige neue Mammutbehörde auch Bayerns strukturschwachen Grenzregionen zum Aufschwung zu verhelfen, darf jedoch nicht Realität werden.

Da wir damit rechnen, dass dieser Maut-Unsinn in abgespeckter Form demnächst wohl leider doch umgesetzt wird, erwarten wir von den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD, dass sie sich mit aller Macht gegen diese Forderung von Herrn Söder und seiner Partei stemmen. Wenn es aus Gesichtswahungsgründen schon nicht möglich erscheint, diesen Maut-Irrweg zu verlassen, sollten die schleswig-holsteinischen Bundestagskollegen von CDU und SPD wenigstens dafür sorgen, dass eine an sich unnötige Aufblähung des Flensburger Kraffahrtbundesamtes nicht der

bayerischen Provinz zu Gute kommt. Die schwarzen und roten Bundestagsabgeordneten müssen jetzt zeigen, dass sie sich gemeinsam für Schleswig-Holstein stark machen können.“